

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Aufruhr im Parlament

Am Donnerstag, dem 5. November, kam es im Parlament von Dhaka zu einem Eklat: Abgeordnete der Opposition hämmerten wütend auf ihre Arbeitstische und blockierten die Sitzung des Hohen Hauses, aus Protest gegen die jüngste Inhaftierung dreier Oppositionspolitiker aus ihren Reihen, die wegen Mordes angeklagt worden sind.

Tumultartige Szenen spielten sich ab, nachdem Parlamentspräsident Humayun Rashid Chowdhury mitgeteilt hatte, daß die drei Beschuldigten - unter ihnen der prominente BNP-Abgeordnete K.M. Obaidur Rahman - wegen ihrer Rolle bezüglich des vor dreiundzwanzig Jahren verübten Mordes an vier führenden 'Awami-League'-Abgeordneten.

Die Polizei hatte Rahman und zwei andere Oppositionspolitiker, Nurul Islam Manzur und Shah Moazzem Hussain, letzten Monat in ein Gefängnis Dhakas verbracht, wegen des Mordes an den 'Awami-League'-Akteuren Syed Nazrul Islam, Tajuddin Ahmad, Mansur Ali und A.H.M. Kamaruzzaman.

BNP-Abgeordnete sprangen von ihren Stühlen auf und schrien Minister Mohammed Nasim nieder, als er verkündete, daß der Prozeß gegen die beschuldigten Oppositionspolitiker in Kürze beginnen würde. "Die Beschuldigten sind angeklagt, ein barbarisches Verbrechen begangen zu haben und müssen sich nun dem Gesetz stellen", ließ sich Nasim vernehmen.

Bei der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses nach einer zweimonatigen Sommerpause hatten BNP-Abgeordnete den Freigang der Beschuldigten Kollegen gefordert damit sie an der Parlaments-sitzung teilnehmen können. Chowdhury hatte sich jedoch qua seines Amtes dagegen verwehrt, mit dem Hinweis, er kenne kein Gesetz, daß es erlauben würde, des Mordes beschuldigte Abgeordnete an Parlaments-sitzungen teilnehmen zu lassen. Daraufhin folgten lautstarke Proteste von den Oppositionsbänken, von wo aus viele BNP-Abgeordnete unter zornigem Geschrei in Richtung Parlamentspräsident aus dem Gebäude stürmten. Die Polizei hatte vorher wissen lassen, daß die drei Beschuldigten nicht kautionsfähig seien.

Fundamentalisten verweigern Freispruch für Taslima Nasreen

Die Mutter der kämpferischen feministischen Schriftstellerin Taslima Nasreen ersuchte die radikalen Muslimführer, die den Tod der Autorin wegen angeblicher Blasphemie gefordert hatten, um Vergebung. Aber die Geistlichen, die über die Literatin eine 'Fatwa' verhängt und ein Kopfgeld auf sie ausgesetzt hatten, erklärten, daß eine Bitte um Vergebung nicht ausreichend sei, das über sie verhängte Todesurteil rückgängig zu machen.

"Ich appelliere an alle, meiner Tochter zu vergeben, dafür, daß sie die religiösen Gefühle der Muslime verletzt hat", äußerte sich die 60-jährige, an Krebs erkrankte Eid ul Ara gegenüber der Presse. In einer emotionalen sehr bewegten Stellungnahme versicherte Ara, daß ihre Tochter Nasreen in Zukunft niemals mehr etwas zu Papier bringen würde, daß die religiösen Gefühle der Muslime, die in Bangladesh die dominierende Glaubensgemeinschaft bilden, tangieren könnte.

"Ich bin eine sterbende Frau und ich bete zu Allah um die Sicherheit meiner Tochter!", flehte Ara.

Nasreen war im September unter Tarnung einer falschen Identität nach Bangladesh zurückgekehrt, nachdem sie vier Jahre lang in Europa und den USA in einem selbst gewählten Exil zugebracht hatte. Dies löste unter den radikalen Geistlichen eine neue Welle des Protests und der Gewalt in den Straßen von Dhaka aus.

Nasreen, eine relativ unbekanntere Figur in der literarischen Szene des Landes, erlangte zum ersten Mal eine gewisse Bekanntheit als sie 1994 von einer indischen Tageszeitung mit ihrem vermeintlichen Vorschlag zitiert wurde, der Koran solle umgeschrieben werden. Sie selbst dementierte dieses Zitat damals, gab aber zu, schriftstellerisch dafür einzutreten, daß das islamische Recht der 'Sharia' reformiert wird, um Frauen endlich die gleichen Rechte zukommen zu lassen wie den Männern.

"Taslima Nasreen kann nur durch Allah Vergebung erfahren, weil sie von dem Gericht Allahs zum Tode verurteilt worden ist!", sagte Mufti Fazlul Huq Amini, ein führender Geistlicher, dessen

Organisation 'Vereinigte Islamische Allianz' seit der Rückkehr Nasreens permanente Straßenproteste durchgeführt hatte.

Zuletzt waren dabei 50 Menschen verletzt worden, als nämlich 2.000 Geistliche und militante islamische Jugendliche mit der Polizei zusammenstießen.

Führende Politiker des Landes, darunter auch Premierministerin Sheikh Hasina - in Bangladesh die zweite Frau im Regierungsamt - bezeichnete Nasreens Texte als vulgär und beschuldigte sie und ihre islamischen Fürsprecher die Grenzen der freien Meinungsäußerung und des Anstandes überschritten zu haben. Die Autoritäten fordern Nasreen auf, sich zu stellen und einem gegen sie ausgestellten Haftbefehl zu entsprechen, den der Magistrat von Dhaka jüngst noch einmal erneuert hat, zusätzlich zu der vom Staat verhängten Anklage gegen sie.

Nasreens Anwälte ließen wissen, die Autorin würde aufgeben, wenn ihr der Schutz vor Extremisten garantiert werden könnte. Freunde von ihr teilten mit, Nasreen sei sehr bald nach der Proklamation neuer Morddrohungen gegen sie untergetaucht.

Obwohl der Oberste Gerichtshof sie auf Kautions freigesetzt hatte - auf Antrag der früheren BNP-Regierung - und ihr erlaubt hatte, daß Land zu verlassen, benötigt sie bei der nun neu anstehenden Verhandlung erneut eine Kautions.

In einem jüngsten Appell für ihr Leben teilte Nasreen mit, daß sie gern in ihrem Heimatland bleiben wolle, wenn die staatlichen Autoritäten ihre Freiheit garantierten.

Nach der großen Flut drohen Hunger und Krankheit

Nach der großen Überschwemmungskatastrophe des letzten Monats bereiten die Vereinten Nationen und die lokalen Stellen eine massive Hilfsoperation vor, um die Millionen nun Hungernden und Erkrankten zu retten.

Die größte Hilfsaktion, die die UN je unternommen haben, adressiert 20 Millionen Bangladeshis, die durch die zweimonatige Flut zu Unbehauten geworden sind. Das Hilfsprogramm umfaßt 223 Millionen US-Dollar; weitere



Slums entlang des Padma - ein Trümmerhaufen (Foto: Atul Loke)

400 Millionen US-Dollar sollen für langfristige Wiederaufbauprogramme bereitgestellt werden.

"Der Hunger betrifft viele tausend Familien, insbesondere in der Nordregion, die seit Juli von drei Flutwellen verheert worden ist" informiert Abdul Hamid, ein Helfer in der am stärksten betroffenen Region Rangpur.

Die durch heftige Monsunregen ausgelösten Überschwemmungen kosteten 1.200 Todesopfer und hinterließen zahlreiche ruinierte Landstriche. Häuser, Straßen, Brücken und Deiche. Zusätzliche Regenfälle an den Flußoberläufen in den angrenzenden indischen Bundesstaaten ließen Brahmaputra, Ganges und Meghna zu Rekordhöhen ansteigen. An einer grassierenden Diarrhoe-Epidemie starben 200 Menschen, eine Millionen weitere sind bedroht. Mediziner prognostizieren, daß über 10 Millionen Menschen von wasserbedingten Krank-

heiten bedroht sind.

"Die nächsten vier Monate werden schwierig für Bangladesh werden, weil Nahrungsvorräte weggespült worden sind und die meisten Flutopfer jetzt ohne jeden Job darstehen", sagt David Lookwood, Chefkoordinator der UN in Dhaka.

Für die Reisfarmer, die zusammen mit ihren Familien immerhin 60 Prozent der 120 Millionen umfassenden Bevölkerung Bangladeshs ausmachen, werden über Monate ohne Arbeit sein, mindestens bis zum Januar nächsten Jahres, wenn auf den Feldern die neue Aussaat ansteht. Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums schätzen das Nahrungsdefizit für dieses Jahr auf vier Millionen Tonnen, gut doppelt so groß, wie im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Nahrungsgetreide muß vom Ausland in großen Mengen angekauft werden, und zudem ist man abhängig von umfängli-

cher Nahrungsmittelhilfe westlicher Geberstaaten.

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat jüngst die Lieferung von 15.000 Tonnen Weizen lanciert. Die UN-Agentur in Rom wird 355.000 Tonnen Nahrungsmittel liefern. "Es wird die größte Hilfsoperation in der Geschichte des WFP sein", teilt Werner Kiene, der Leiter des WFP in Dhaka, mit.

30 Millionen Menschen sind unmittelbar von der Flut betroffen, welche einen Sachschaden bzw. einen Verlust nationaler Güter im Wert von 800 Millionen US-Dollar verursacht hat. Helfer vor Ort fürchten politische Unruhen, im Falle die Nahrungsmittelpreise weiter ansteigen, das Verteilungssystem zusammenbricht und die Angst vor Massenhunger in der Bevölkerung wächst.